

Datenschutz bei der Hansestadt Lübeck

Informationsblatt gem. Art. 12 DSGVO

Wir kommen der Informationspflicht gem. Art. 12 ff DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten (Art. 12 Abs. 2 DS-GVO).

Angaben zum Verantwortlichen

Name	Hansestadt Lübeck, Der Bürgermeister
Anschrift	Breite Str. 62, 23539 Lübeck
Telefon	0451 - 115
E-Mail-Adresse	info@luebeck.de
Internet-Adresse	www.luebeck.de

Fachbereich	2 – Wirtschaft und Soziales
Fachbereichsleitung	Herr Senator Schindler
Bereich	2.500 – Soziale Sicherung
Bereichsleitung	Frau Schwartz
Ansprechpartner:in	Teamleitung
Anschrift	Kronsfordter Allee 2-6, 23560 Lübeck
Telefon	0451 122 4448
E-Mail-Adresse	soziale-sicherung@luebeck.de

Angaben zur Person der Datenschutzbeauftragten

Name	Martina Kieckbusch
E-Mail-Adresse	datenschutz@luebeck.de

Zwecke der Verarbeitung

Prüfung und Abwicklung von Ansprüchen (Geldleistungen) gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) XII (Sozialhilfe), Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen).

Erledigung von daraus sich ergebenden weiteren gesetzlichen Aufgabe wie z.B. Erstattung von Leistungen.

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Art. 6 Abs. 1 lit. a), c) und e) DSGVO i.V.m. §§67 bis 78 SGB X und Anspruchsnormen des SGB X, II, IX, SGB XII, AsylbLG

Kategorie der personenbezogenen Daten

Stammdaten inkl. Kontaktdaten:

Aktenzeichen, Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsrechtlicher Status, Renten-&

Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung, Rufnummer (freiwillig), E-Mailadresse (freiwillig)

Daten zur Leistungsgewährung:

Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art, Bedarfe der Unterkunft und Heizung, Daten zu Unterhalts/Regressansprüchen, Daten zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses

Gesundheitsdaten:

Gutachten oder Stellungnahmen des ärztlichen Dienstes des Gesundheitsamtes, des Medizinischen Dienstes der Kranken-/Pflegekassen, Daten zur Schwerbehinderung

Es werden ebenso Daten der Nachkommen bzw. Erben erfasst

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

- Zahlungsempfänger (z.B. Vermieter, Energieversorger, Anbieter von Leistungen für Bildung und Teilhabe),
- Leistungsanbieter (z.B. Pflegedienste, stationäre Einrichtungen),
- Auskunftsstelle nach § 118 SGB XII (Datenabgleich)
- Bundeszentralamt für Steuern (Kontenabrufverfahren gem. § 93 Absatz 8 S. 1 Nr. 1 AO)
- Beteiligte eines Widerspruchs- und Klageverfahrens,
- Sonstige beteiligende Stellen der Stadtverwaltung (wie z.B. Ausländerbehörde, Gesundheitsamt, Jugendamt, Finanzbuchhaltung, Meldebehörde),
- Sonstige Leistungsträger wie Ämter für Ausbildungsförderung, Agentur für Arbeit und die sonstigen Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit, bei den Krankenkassen errichtete Pflegekassen u.w. nach §§ 12, 18 bis 29 SGB I und sonstige Stellen nach § 35 SGB I
- Zahlungspflichtige (z.B. Erben, Verpflichtete)

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an ein Drittland erfolgt nicht. (besondere gesetzliche Vorschriften ausgenommen)

Um eine faire und transparente Verarbeitung zu gewährleisten erhalten Sie nachfolgend zusätzliche Informationen gem. Art. 13 Abs. 2 DSGVO:

Speicherdauer, Löschfristen

Ihre personenbezogenen Daten werden nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Dauer des Leistungsbezuges oder solange Ersatz- oder Erstattungsansprüche bestehen, ein Verwaltungsverfahren oder Gerichtsverfahren anhängig ist oder eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist besteht über 5, 10 oder 30 Jahre aufbewahrt (§§ 630 ff. BGB, §§ 67 ff. SGB X, §

12 AsylbLG, AufbewBest. der Konferenz der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder, AktenO für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung u.w..) z.B. 5 Jahre nach Beendigung des Leistungsbezuges oder Aktenvorganges; bei Unterhaltstiteln, Darlehen, sonstigen Forderungen 30 Jahre oder 10 Jahre nach erfolgter Rückzahlung

Spätestens nach Ablauf dieser Fristen/Kriterien werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht, außer die Verarbeitung unterliegt zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Art. 89 DSGVO und § 6 LDSG).

Mögliche Datenquellen

Öffentliche Stellen:

Jobcenter, Krankenkasse, Pflegekasse, Rentenversicherungsträger, Wohngeldstelle, Schuldnerberatung, Finanzämter, Amtsgericht, Versorgungsämter, Meldestellen, Ausländerbehörden, BAMF, Insolvenzgericht

Nichtöffentliche Stellen oder Personen:

z.B. Arbeitgeber, Kreditinstitute, Versicherungen, schadensersatzpflichtige Personen, Vermieter, unterhaltspflichtige Personen

Öffentlich zugängliche Quellen:

z.B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Sterberegister, Grundbuchämter,

Betroffenenrechte

Wir machen Sie auf Ihre Betroffenenrechte nach der DSGVO aufmerksam:

- Auskunftsrecht der betroffenen Person (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung/Recht auf Vergessenwerden (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gem. Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Kontakt in Schleswig-Holstein: Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), Holstenstr. 98, 24103 Kiel,

mail@datenschutzzentrum.de